

## **Erklärung des Pan-Europäischen Regionalrats (PERR) des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB), 1. April 2020**

Die globale COVID-19-Krise hat den gesamten europäischen Kontinent in Mitleidenschaft gezogen. Millionen von Menschen sind infiziert oder werden sich infizieren. Starke Einschränkungen der Freizügigkeit und auf dem Arbeitsmarkt haben dazu geführt, dass verstärkt Arbeitsplätze verloren gehen und Unternehmen vor dem Bankrott stehen.

Gepaart mit Sparmaßnahmen haben jahrzehntelange Strukturreformen die staatlichen Systeme für Gesundheit und sozialen Schutz vor große Schwierigkeiten gestellt. In den schlimmsten Fällen, wie etwa in Georgien, wo das Gesundheitssystem vollständig privatisiert wurde, wurde der Staat von der privaten Gesundheitsversorgung in Geiselnhaft genommen: Zur Bewältigung von bestehenden oder künftigen Herausforderungen muss der Staat dem privaten Sektor riesige Summen bezahlen. Niedrige Löhne und unsichere Beschäftigung stellen zahlreiche infizierte Menschen vor die Wahl zwischen Weiterverbreitung der Krankheit oder akuter Armut.

Langfristig müssen wir wieder aus der internationalen Finanzkrise lernen und Neo-Liberalismus, Strukturreformen und Sparpolitik beenden. Wir brauchen Demokratien, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Notwendig ist ein neuer Gesellschaftsvertrag mit einem flächendeckenden Sicherungsnetz aus Arbeitnehmerrechten, angemessenen Löhnen und sozialem Schutz für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, angemessen finanzierte öffentliche Dienste, einschließlich einer kostenlosen Gesundheitsversorgung für alle, dort, wo sie gebraucht wird.

Im Moment befindet sich Europa weitgehend im Lockdown. Die nationalen Regierungen haben – teilweise erst spät – strenge Maßnahmen verhängt: Grenzen, Fabriken und Schulen geschlossen sowie Sport- und Kulturveranstaltungen abgesagt. Diese Maßnahmen sind zwar notwendig, wirken sich aber kurzfristig auf die Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und langfristig auf die Volkswirtschaften und Gesellschaften aus.

Viele Beschäftigte sollen zu Hause bleiben. Viele, insbesondere Frauen, müssen sich um Kinder kümmern, die derzeit nicht in die Schule gehen – ein Teil einer pandemiebedingten Ausweitung unbezahlter Pflegearbeit. Einige können von zu Hause aus arbeiten, andere wiederum nutzen soziale Sicherung oder Teilzeitregelungen. Viele andere werden einfach entlassen oder haben kein Einkommen mehr, um ihre Familien zu ernähren oder um Wohnraum oder kommunale Dienstleistungen zu bezahlen. Frauen sind häuslicher Gewalt stärker ausgesetzt, Wanderarbeitnehmer und Flüchtlinge stehen vor der zweifachen Herausforderung, dass Einkommen wegfällt und sie keine Möglichkeit mehr haben, nach Hause zurück zu kehren. Beschäftigte im Gesundheitswesen – überproportional weiblich – sind überlastet und dem Ansteckungsrisiko verstärkt ausgesetzt, mit unzureichender persönlicher Schutzausrüstung. Viele

Beschäftigte in Vertrieb und Einzelhandel, Pflege- und Rettungsdiensten – ebenso überproportional weiblich – sind gefährdet und verdienen unseren Respekt.

Insbesondere in Nord- und Westeuropa konnten Länder mit entwickelten und integrationsorientierten Volkswirtschaften trotz der Herausforderungen durch Strukturreformen und Sparpolitik konjunkturelle Impulse anordnen und Geld in Gesundheitssysteme und Lohnerhaltung investieren. Auf Druck von Gewerkschaften bzw. in Zusammenarbeit mit ihnen gibt es in einigen Ländern Krankengeld, Lohnzuschüsse für Angestellte und Selbstständige, Kurzarbeit und sogar Hilfen für Hypothekenkredite und Mieten<sup>1</sup>. Eine Mehrheit der Länder dort haben Unternehmen durch Subventionen, Steuererleichterungen und günstigere Kredite unterstützt<sup>2</sup>.

Allerdings sind zu viele Länder in Europa zu hoch verschuldet, ihre sozialen Sicherungssysteme und der öffentliche Sektor sind finanziell unzureichend ausgestattet, prekäre Beschäftigung und Armut weit verbreitet, Kollektivverhandlungen und sozialer Dialog unterentwickelt. Diese Länder werden nicht in der Lage sein, die Auswirkungen von COVID-19 zu bewältigen.

Zwar gibt es verantwortungsvolle Unternehmen in Europa und weltweit<sup>3</sup>, die die Notwendigkeit sowohl von Infektionsschutzmaßnahmen als auch des Erhalts von Volkswirtschaften, der Unterstützung von Bürgerinnen, Bürgern und Gesellschaften und des Beitrags zum Aufschwung erkannt haben, doch gibt es auch zahlreiche Gierige, die sich aus jeglicher Verantwortung stehlen, indem sie einfach Menschen entlassen, Beschäftigte zum Arbeiten in ungesunden und unsicheren Arbeitsverhältnissen zwingen oder die Aussetzung von Arbeitnehmerrechten vorschlagen. In Kroatien haben sich die Gewerkschaften gegen scheinheilige und sittenwidrige Vorschläge dieser Art erfolgreich gewehrt, doch wir müssen weiterhin wachsam sein und Solidarität zeigen, wenn künftig solche Angriffe vorgeschlagen werden. In Polen hat der kürzlich angenommene Gesetzentwurf zur Bewältigung der COVID-19-Krise Regelungen eingeführt, die nichts mit der Krise zu tun haben, sondern den sozialen Dialog einschränken sollen und in die Tarifautonomie der Sozialpartner eingreifen.

Die weltweite COVID-19-Krise erfordert eine globale Antwort. Es gibt zwar gewisse positive Signale von G20 und IWF<sup>4</sup>, doch selbst die Europäische Union hat bislang noch keinen ausreichend koordinierten Ansatz verfolgt<sup>5</sup>.

Der Pan-Europäische Regionalrat, in dem Gewerkschaften von Reikjavik bis Wladiwostok vertreten sind, bekräftigt die Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung, wiederholt den Ruf nach Solidarität im Umgang mit der Gesundheits-, Wirtschafts- und humanitären Krise, die den

---

<sup>1</sup> <https://www.ituc-csi.org/putting-people-first>

<sup>2</sup> Einige Beispiele des IGB und EGB verfügbar unter (noch zu ergänzen)  
<https://www.ituc-csi.org/covid-19-best-country-responses>

<sup>3</sup> Link zu ITUC-IOE, ITUC-ICC:

[https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/20200323\\_joint\\_ioe-ituc\\_statement\\_on\\_covid-19.pdf](https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/20200323_joint_ioe-ituc_statement_on_covid-19.pdf);  
<https://www.ituc-csi.org/ituc-icc-covid19>

<sup>4</sup> Link zu ITUC-Reaktionen:

<https://www.ituc-csi.org/letter-g20-covid19>  
<https://www.ituc-csi.org/g20-summit-shows-global-leadership>  
<https://www.ituc-csi.org/letter-from-kristalina-georgieva>

<sup>5</sup> Link zu EGB-Reaktionen:

<https://www.etuc.org/en/trade-unions-and-coronavirus>

Kontinent heimgesucht hat, und fordert seitens der nationalen und multilateralen Behörden, Unternehmen und Gewerkschaften ein konzentriertes und konsolidiertes Vorgehen.

Wir rufen die nationalen Regierungen dazu auf:

- eine weitere Ausbreitung der Seuche zu verhindern und gleichzeitig die Grundfreiheiten zu respektieren, insbesondere dann, wenn soziale Belastungen zunehmen;
- mehr und angemessene Unterstützung für die Gesundheitsdienste und alle Frauen und Männer an den Frontlinien bereitzustellen;
- eine allen Menschen jetzt und in Zukunft zugängliche Unterstützung im Gesundheitswesen zu garantieren;
- durch den sozialen Dialog Wirtschaftspakete einzuführen, um den Zusammenbruch von Unternehmen und Arbeitslosigkeit zu verhindern, Einkommenssicherung für alle Arbeitnehmer zu betreiben, die Sozialschutzsysteme zu erhalten und auszuweiten und einen temporären Beschäftigungsschutz zu entwickeln, um allen Arbeitnehmern, auch denen in atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen, angemessenen Schutz zu bieten;
- lebenswichtige Versorgungsketten aufrechtzuerhalten, indem die Grenzen für den Waren- und Lieferverkehr offen gehalten werden und gleichzeitig den Transportarbeitern ein angemessener Schutz geboten wird;
- insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Selbständigen und Plattform-Beschäftigten angemessene Löhne, Krankengeld vom ersten Tag an und Hilfe bei den Wohnungskosten zu bieten;
- besondere Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse jener Frauen zu richten, die einem erhöhten Risiko von häuslicher Gewalt ausgesetzt sind; und
- die Rechte von Wanderarbeitern zu respektieren, indem man ihnen erlaubt, in ihren Gastländern zu bleiben, und sie in Bezug auf den Zugang zu allen sozialen und Beschäftigungsrechten wie einheimische Bürger zu behandeln.

Wir rufen die internationalen Behörden, einschließlich der Europäischen Union und der internationalen Finanzinstitutionen, dazu auf:

- bei Maßnahmen zusammenzuarbeiten, die zur Eindämmung der Krankheit erforderlich sind, einschließlich des Austauschs von Informationen, medizinischem Fachwissen, Technologie und Material sowie persönlicher Schutzausrüstung;
- die finanzielle Unterstützung bedürftiger Volkswirtschaften bedingungslos auszuweiten, außer, dass diese Mittel zur Finanzierung der öffentlichen Gesundheitsdienste und der Einkommenshilfe für Beschäftigte verwendet werden müssen;
- der Weltwirtschaft genügend Geld zur Aufrechterhaltung von Angebot und Nachfrage zur Verfügung zu stellen; und
- mit den Sozialpartnern zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die ergriffenen Maßnahmen den Bedürfnissen von Beschäftigten und Unternehmen aller Größenordnungen entsprechen.

Wir fordern Unternehmen und Arbeitgeber dazu auf:

- mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Rechte, Arbeitsplätze und Einkommen ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt bleiben, unabhängig von der Art und Form der Beschäftigung, einschließlich solcher mit unsicheren Verträgen;

- den Kampf gegen die Krankheit zu unterstützen, durch Umstellung der Produktion nach Möglichkeit auf die Herstellung von medizinischer und persönlicher Schutzausrüstung;
- keine Lobbyarbeit für die Verringerung oder Lockerung des Kündigungsschutzes zu betreiben;
- den Beschäftigten persönliche Schutzausrüstung und andere Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, die die Ausbreitung des Virus am Arbeitsplatz verringern; und
- zum Schutz der Beschäftigten eine bessere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf Betriebsebene zu ermöglichen.

-----